

EU-Europäisches Gezänk geht weiter

Von Peter Helmes

„Wer will noch mal, wer hat noch nicht?“ Posten, Positionen – wohin steuert die EU?

Das Ruckeln um Posten in EU-Europa geht weiter, ungeachtet des miserablen Bildes, das solcher Art Geschacher bei Bürgern und Wählern abgibt. Es geht schließlich um Pfründen und Teilhabe an den Positionen. „Wer will noch mal, wer hat noch nicht?“, lautet die (heimliche) Losung des Ereignisses, bei dem jede(r) dabei sein möchte.

Kanzler Scholz versprach: Es werde „schnell und zügig“ gehen. Aber die Staats- und Regierungschefs der EU scheitern bei einem informellen Gipfel beim Versuch, sich auf ein Personaltableau für die Spitzenämter der EU zu einigen.

Nur eine Frage weniger Stunden schien es zu sein, bis das oberste Gremium der EU für Ursula von der Leyen den Weg zu einer zweiten Amtszeit als Kommissionspräsidentin ebnet würde. Es wurde dann aber doch ein sehr langer Abend, und am Ende der Beratungen stand als Ergebnis: nichts. Zumindest nichts Konkretes.

Ursula von der Leyen war zu der Runde geladen und konnte einige Gedanken zur Zukunft der Europäischen Union vortragen. Aber über das in den vergangenen Tagen und Wochen vorbereitete Personaltableau gab es keine Verständigung. Eigentlich galt die zweite Amtszeit von EU-Kommissionschefin von der Leyen als sicher. Doch der Poker um die Neubesetzung der EU-Spitzenjobs dauert an. Gestritten wird wohl über das Amt des Ratspräsidenten.

Die Nase vorn hat dennoch offensichtlich Ursula von der Leyen als Kandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP), der mandatsstärksten Kraft im neu gewählten Europaparlament, die weiterhin die Favoritin für den Vorsitz der Europäischen Kommission bleibt. Es steht nun außer Frage, daß man sich beim Gipfel nächste Woche auf die Vergabe der Spitzenämter einigen wird – mit wem auch immer. Bis dahin wollen sich einzelne Parteienfamilien bessere Verhandlungspositionen schaffen.

Ursula von der Leyen kann sich damit noch nicht ganz sicher sein, ob sie von den Staats- und Regierungschefs für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin nominiert wird. Beim regulären EU-Gipfel Ende der kommenden Woche werde es "mehr Klarheit" geben, betonte EU-Ratspräsident Charles Michel.

Bei dem Gipfel ging es unter anderem um eine zweite fünfjährige Amtszeit für von der Leyen. Der kroatische Regierungschef Andrej Plenkovic sagte nach den Beratungen, er habe keine Stimme gehört, die ihre Position in Frage gestellt hätte. Vor dem Gipfel hatte von der Leyen viel Zuspruch bekommen. Eine Reihe von Staats- und Regierungschefs bescheinigten der CDU-Politikerin öffentlich, in den vergangenen fünf Jahren einen "sehr guten Job" gemacht zu haben - darunter auch solche, die nicht ihrem politischen Lager angehören.

Streit über Amtszeit des EU-Ratschefs

Knackpunkt der Verhandlungen ist offenbar die Nachfolge Michels als Ratspräsident. Nach Angaben von Diplomaten wollte die Parteienfamilie EVP mit den Parteien CDU und CSU erreichen, daß die Besetzung des Amtes nicht sofort für fünf Jahre geregelt wird. Dies würde bedeuten, daß sie theoretisch nach zweieinhalb Jahren Anspruch auf das Amt erheben könnte. Die Sozialdemokraten lehnten dies den Angaben zufolge ab.

Im Gegensatz zum Kommissionspräsidenten und Außenbeauftragten wird der Ratschef eigentlich nur für 2,5 Jahre gewählt. Zuletzt war es allerdings so gewesen, daß der Posten bei den Personalverhandlungen wie die anderen Posten für fünf Jahre einer Parteienfamilie versprochen wurde.

Die Parteien neben der EVP sind bestrebt, von der Leyen Zugeständnisse abzurufen. Die kleineren Länder wiederum verlangen mehr Mitsprache im Institutionengefüge der EU. Ausgenommen Ungarn. Es ist das erste Mal, daß die Fidesz-Partei nach ihrem Ausscheiden aus der EVP 2021 bei der Wahl der Kommissionsvorsitzenden nicht Mitglied der einflußreichsten Parteienfamilie ist.

Der italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni war auffallend still, nachdem sie zuvor erklärt hatte, sie fühle sich übergangen. Unter anderem störte sie, daß die drei größten Parteiengruppen Tusk aus Polen und Mitsotakis aus Griechenland für die EVP, Scholz und Spaniens Sánchez für die Sozialdemokraten und Macron und den Niederländer Rutte für die Liberalen ausgesucht hatten. Für sie als Vertreterin der EU-skeptischen ECR-Gruppe war da kein Platz. Meloni ist nicht unbedingt gegen eine zweite Amtszeit für Ursula von der Leyen, und sie ist auch nicht zwangsläufig gegen einen Ratsvorsitzenden Antonio Costa und eine Außenbeauftragte Kaja Kallas. Aber sie ist offenkundig sauer, daß Scholz und andere sich hartnäckig weigern, die ECR an den Tisch der Macht zu bitten.

Die Strategie beim Sondergipfel war es ursprünglich offensichtlich gewesen, Italien zu isolieren, dessen Regierung aus der Abstimmung gestärkt hervorgegangen ist. Italien hat das Recht, sich bei der Entwicklung der Union Gehör zu verschaffen – auch aufgrund seiner außenpolitischen Entscheidungen, indem es die Ukraine unterstützt, mit der Ende des Monats Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen. Der Dialog muß fortgesetzt werden. Das ist im Interesse aller, aber vor allem im Interesse Europas selbst.

Der frühere lettische Premierminister Valdis Dombrovskis dürfte sein Amt als Vizepräsident behalten, und die amtierende estnische Regierungschefin Kaja Kallas gilt als Favoritin für den Job der Außenbeauftragten. Offenbar hat es auch noch keine Gespräche mit Ursula von der Leyen gegeben, welchen Posten Litauen gerne bekäme. Dabei sollte gerade die Außen- und Sicherheitspolitik für dieses Land besonders wichtig sein; denn das ist der Bereich, in dem die Position Litauens auf Gehör stoßen muß.

Verstärkte qualifizierte Mehrheit notwendig

Notwendig für die Entscheidung im Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten ist eine sogenannte verstärkte qualifizierte Mehrheit. Das heißt, es müßten mindestens 20 der 27 EU-Staaten zustimmen und diese müssen zudem mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren.

EVP mit Abstand stärkste Kraft im EU-Parlament

Derzeit gehören im Europäischen Rat ein Dutzend Staats- und Regierungschefs den Mitgliedsparteien des Mitte-Rechts Bündnisses EVP an. Danach folgen die Gruppe der Liberalen, zu den insbesondere Frankreichs Präsident Macron zählt, und die der sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs mit Politikern wie Bundeskanzler Scholz.

Die bürgerlich-konservative EVP war bei der Europawahl Anfang Juni vor den Sozialdemokraten und den Liberalen die mit Abstand stärkste politische Kraft geworden.

Daher gilt es als wahrscheinlich, daß ihre Spitzenkandidatin von der Leyen weitere fünf Jahre Präsidentin der EU-Kommission bleiben kann.

Die Präsidentschaft der EU-Kommission gilt als die mit Abstand wichtigste Position, die nach der Europawahl neu zu besetzen ist. Der Amtsinhaber ist Chef von rund 32.000 Mitarbeitern, die unter anderem Vorschläge für neue EU-Gesetze machen und die Wahrung der Europäischen Verträge überwachen. Zudem sitzt er bei fast allen großen internationalen Gipfeltreffen wie G7 oder G20 als EU-Repräsentantin mit am Tisch.

Nach dem Gipfel Ende kommender Woche müssen die Staats- und Regierungschefs dem Europäischen Parlament (EP) formell ein Personalpaket vorschlagen. Einstimmigkeit ist nicht vorgeschrieben. Die Abgeordneten stimmen dann ab, müssen den Vorschlägen aber nicht unbedingt folgen. Die erste Sitzung des EP findet am 16. Juli statt.

Statt sich in Streitereien um Ämter zu verzetteln, sollte die ‚proeuropäische Allianz‘ aus EVP, Sozialdemokraten und Liberalen allfällige und drohende Befindlichkeiten hintanstellen. Eine Einigung auf ein Personalpaket ohne Gezänk wäre ein Signal für Kontinuität auf EU-Ebene. Verlässlichkeit ist nach fünf Jahren im Dauerkrisenmodus mit Krieg, Pandemie und Inflation wichtiger denn je. Auch in der nächsten Funktionsperiode sind große Aufgaben zu bewältigen.
